

Anlage 2

# Wege aus der kommunalen Schuldenfalle

Wege aus der Kommunalverschuldung  
Fachtagung des Aktionsbündnisses  
„Raus aus den Schulden“  
19. Februar 2010 in Essen

Prof. Dr. Martin Junkerheinrich

# **Zliederung**

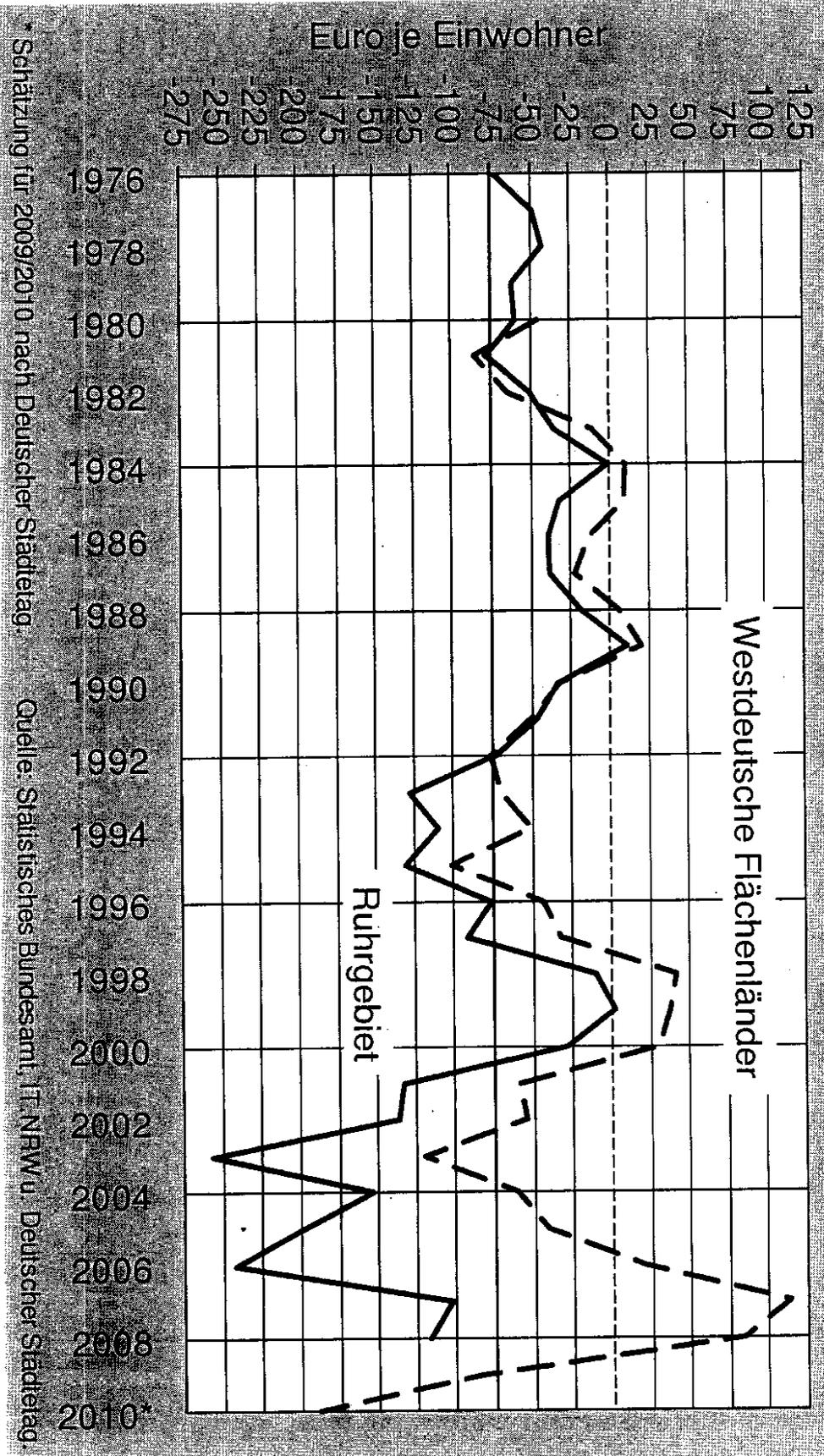
- Kommunale Finanzkrise ohne Ende?
  - Zur besonderen Situation des Ruhrgebietes und der Bergischen Städte –
- Wie konnte es dazu kommen?
  - Ursachen der Kommunalverschuldung –
- Was ist zu tun?
  - Finanzpolitische Konsequenzen –

# Kommunaler Finanzierungssaldo Deutschland

**2007: 8,61 Mrd. Euro**  
**2008: 7,61 Mrd. Euro**  
**2009: - 4,45 Mrd. Euro\***  
**2010: -12,05 Mrd. Euro\*\***

Schätzung Deutscher Städtetag \* geschätzt wurde das 4. Quartal \*\* Jahresschätzung

## Kommunaler Finanzierungssaldo 1976 bis 2010



## Entwicklung der Kommunalfinanzen 2008

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2008  
einen **Überschuss** von  
7,6 Mrd. € = 100 Euro je Einwohner.

## Entwicklung der Kommunalfinanzen 2008

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2008

einen **Überschuss** von

7,6 Mrd. Euro = 100 Euro je Einwohner.

Die Städte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land erzielten im Jahr 2008

einen **Verlust** von

- 698 Mio. Euro = - 155 Euro je Einwohner.

Der Zuwachs der Kassenkredite betrug 795 Mio. Euro.

**Kommunales Haushaltsergebnis  
Ruhrgebiet 2008**

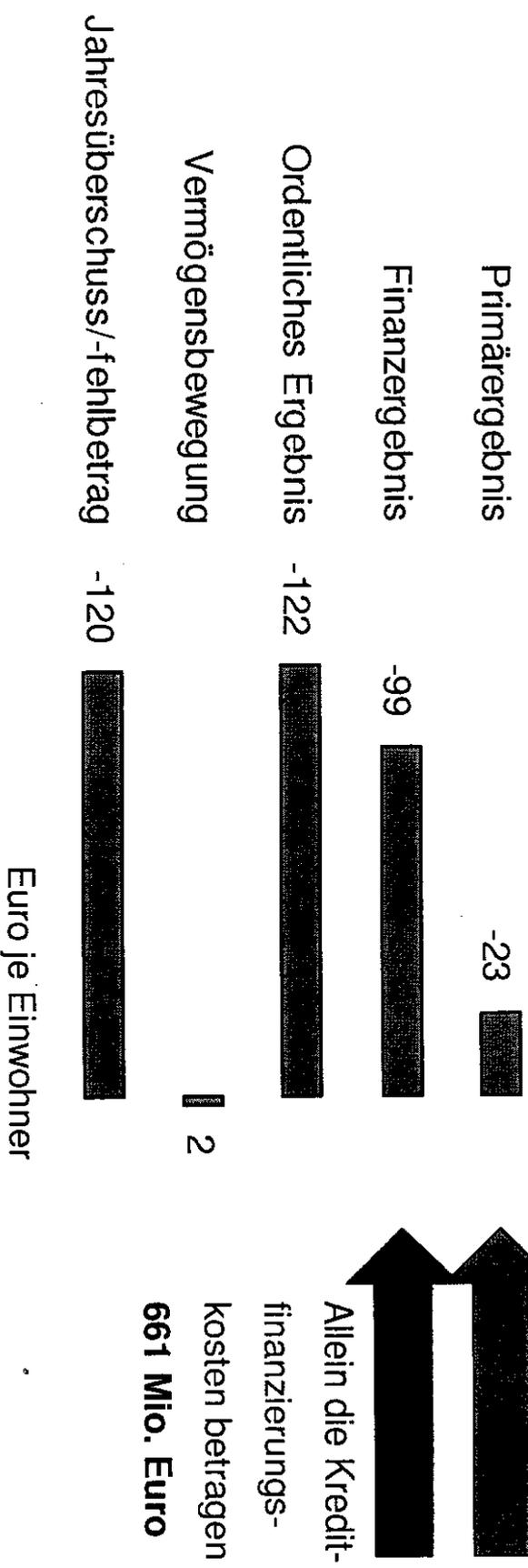
Primärergebnis

-23

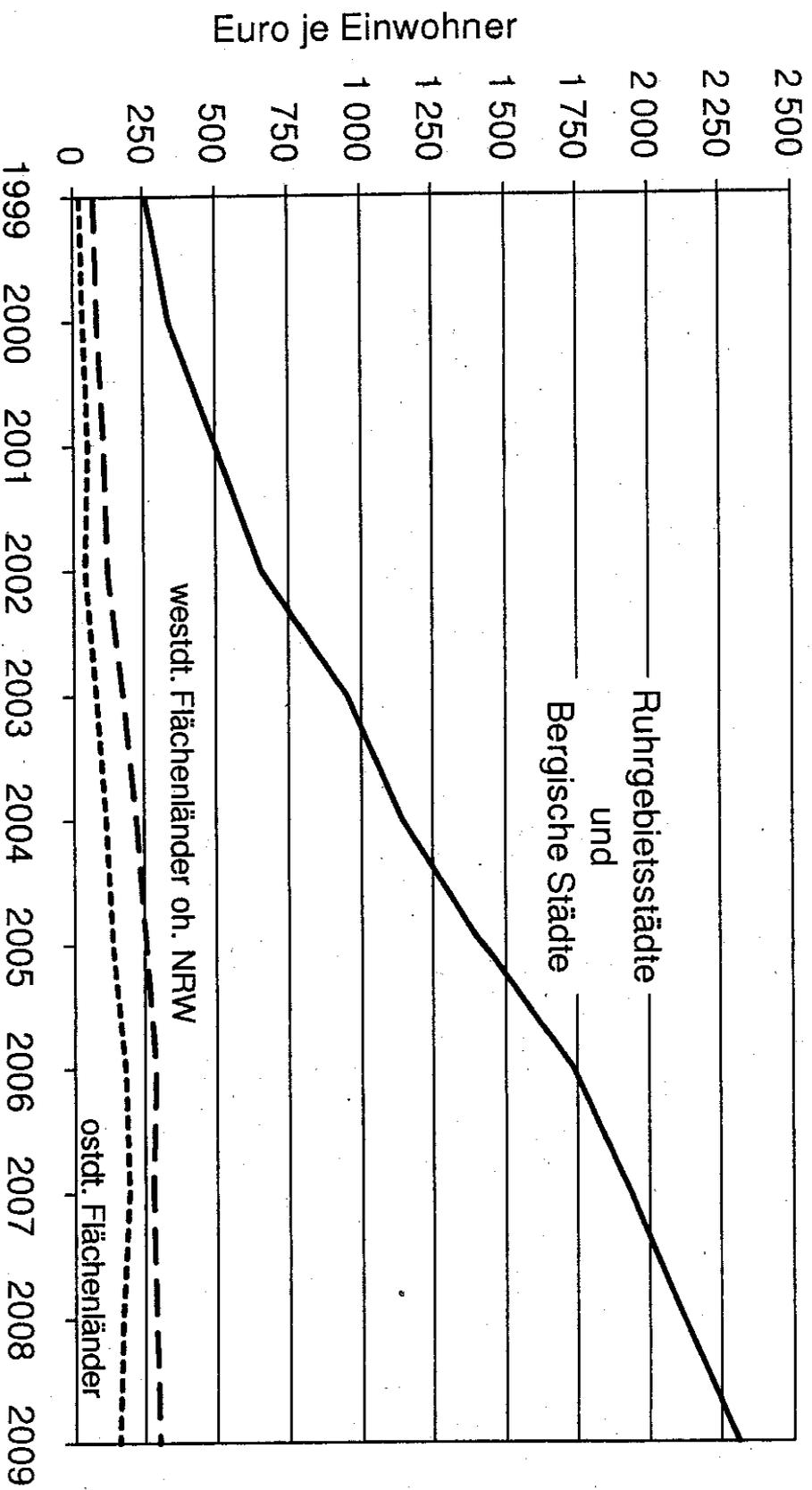
Laufender  
Haushalt fast  
ausgeglichen

Euro je Einwohner

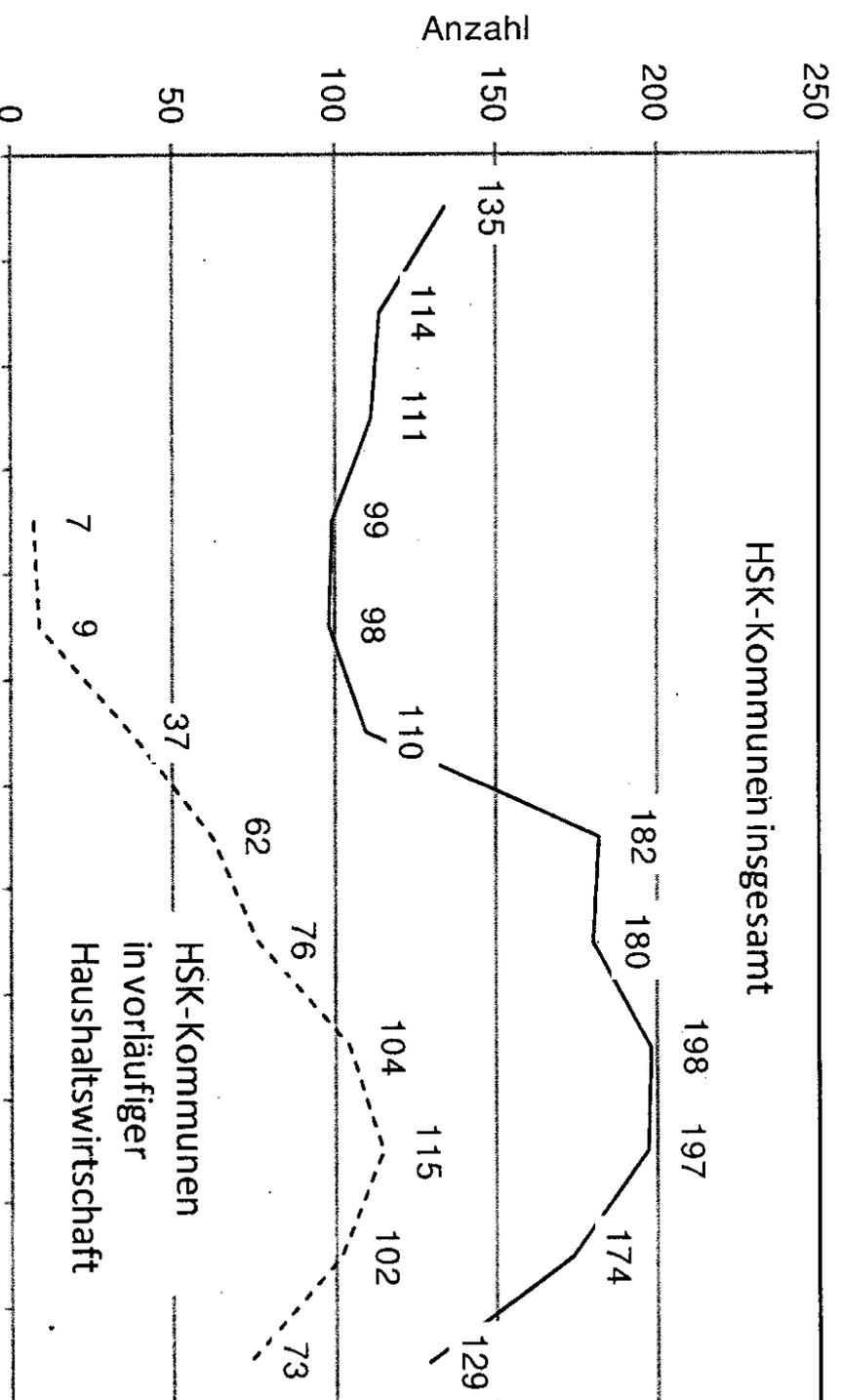
## Kommunales Haushaltsergebnis Ruhgebiet 2008



# Kommunale Kassenkredite 1999 bis 2008 (jew. 31.12.) und am 30.06.2009

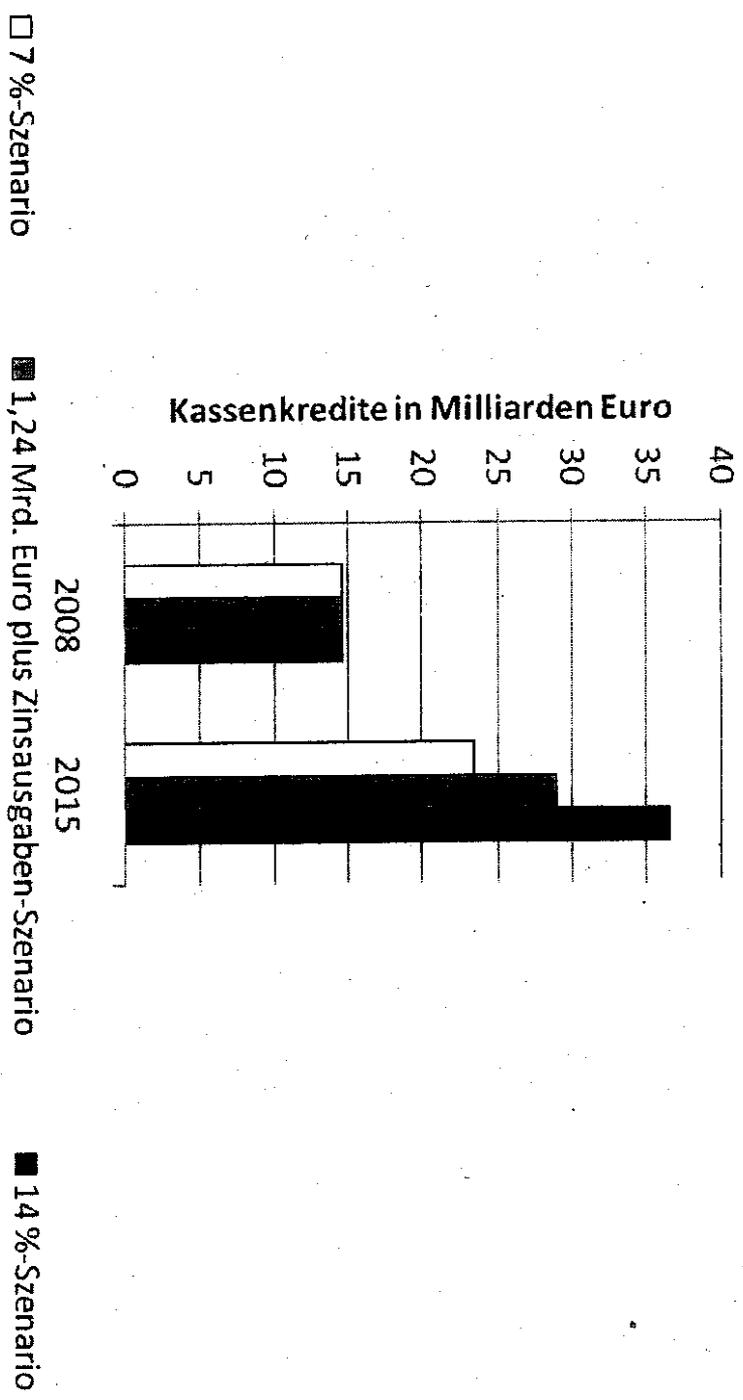


## Nordrhein-westfälische Gemeinden und Kreise in der Haushalts- sicherung sowie in vorläufiger Haushaltswirtschaft 1997 bis 2008\*

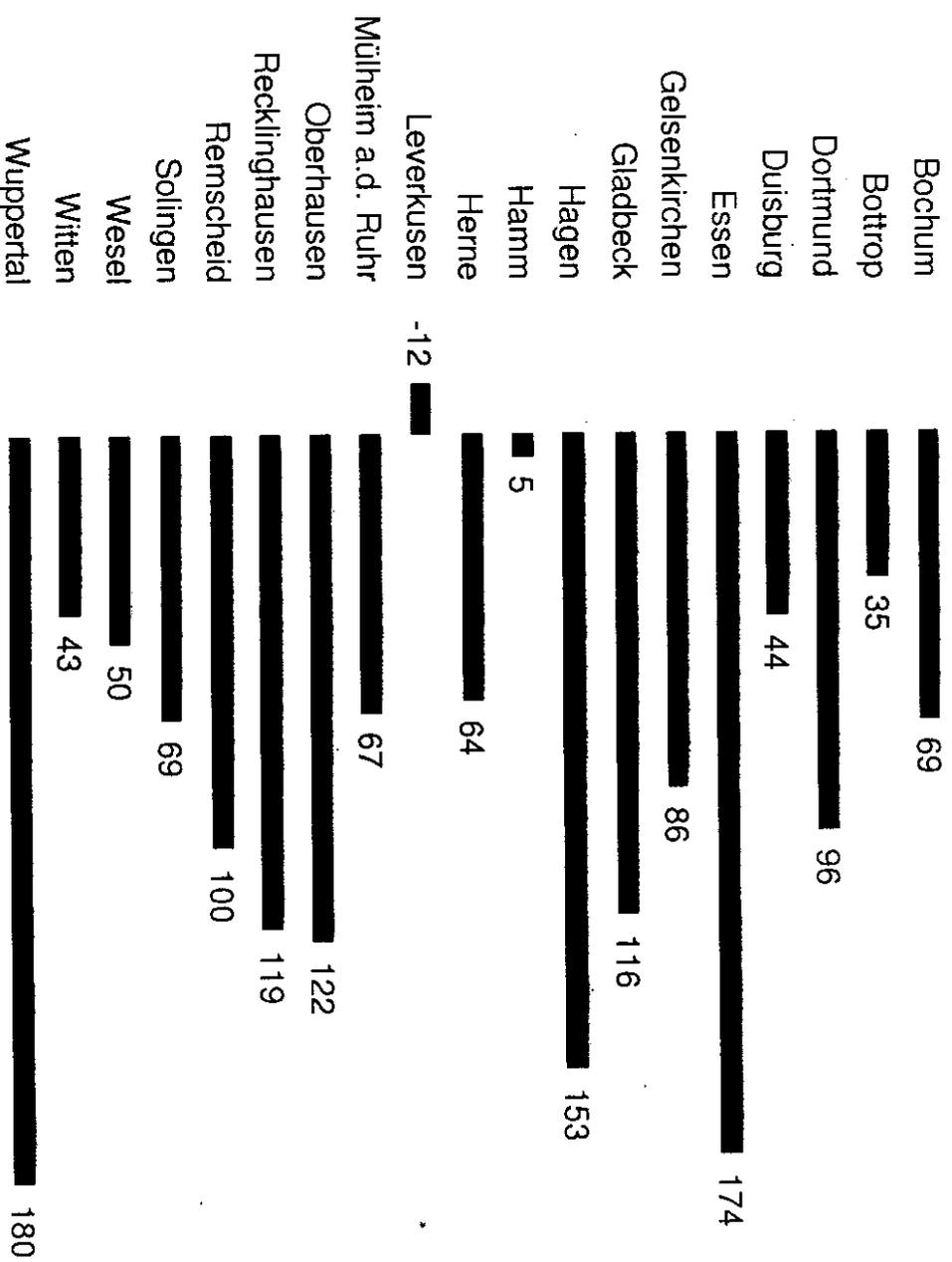


\* Die Gesamtzahl der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände: 430 (396 Gemeinden, 31 Kreise, 3 höhere Gemeindeverbände)

# Szenarien zur Kassenkreditentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2008 und 2015



## Schuldenentwicklung der Städte 2000 bis 2008 (jew. 31.12.) in %



# **Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...**

lokaler sozioökonomischer Position

finanzpolitischem Ordnungsrahmen

endogenen Faktoren der Kommunalpolitik

## **Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...**

lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

## **Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...**

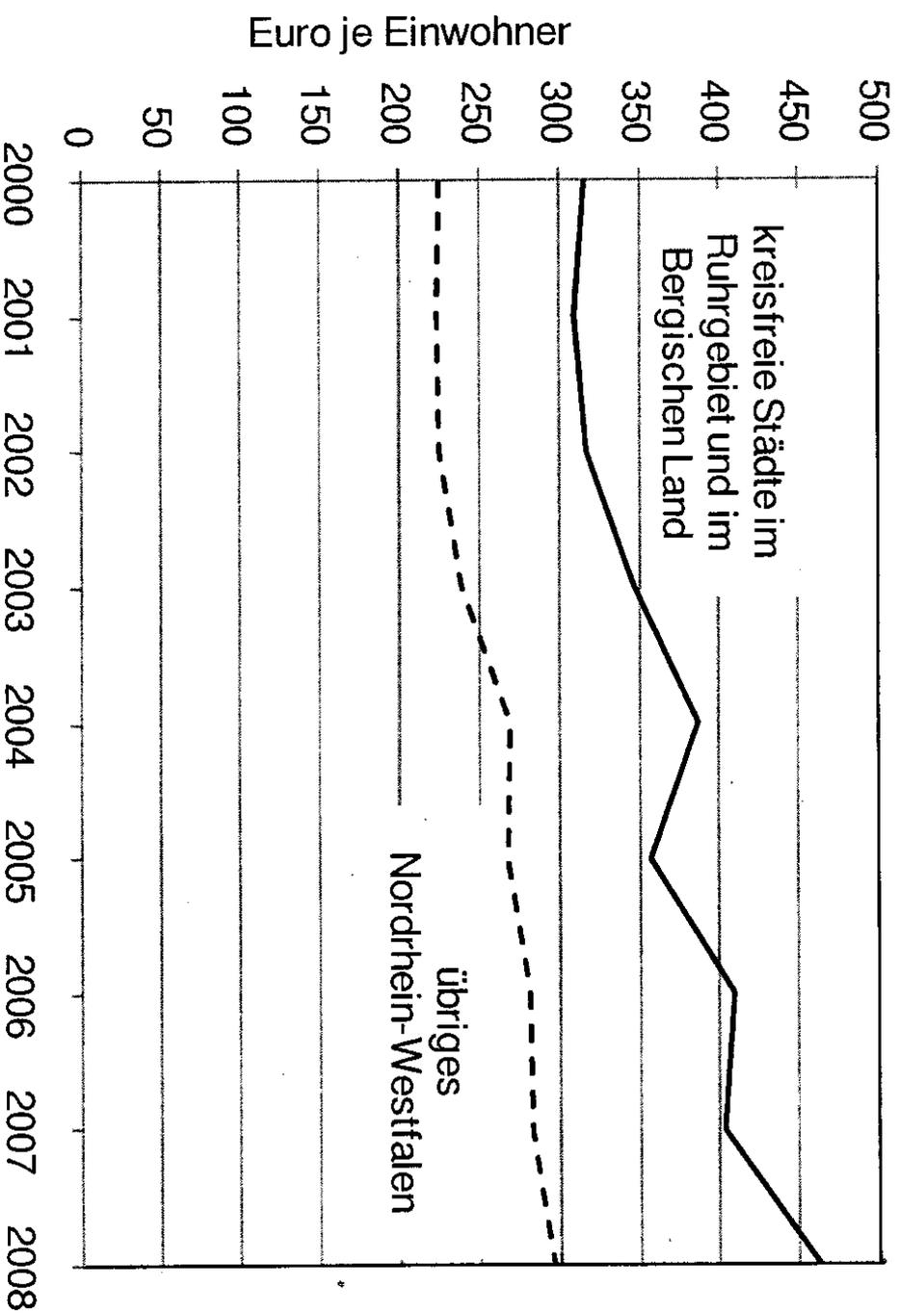
lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

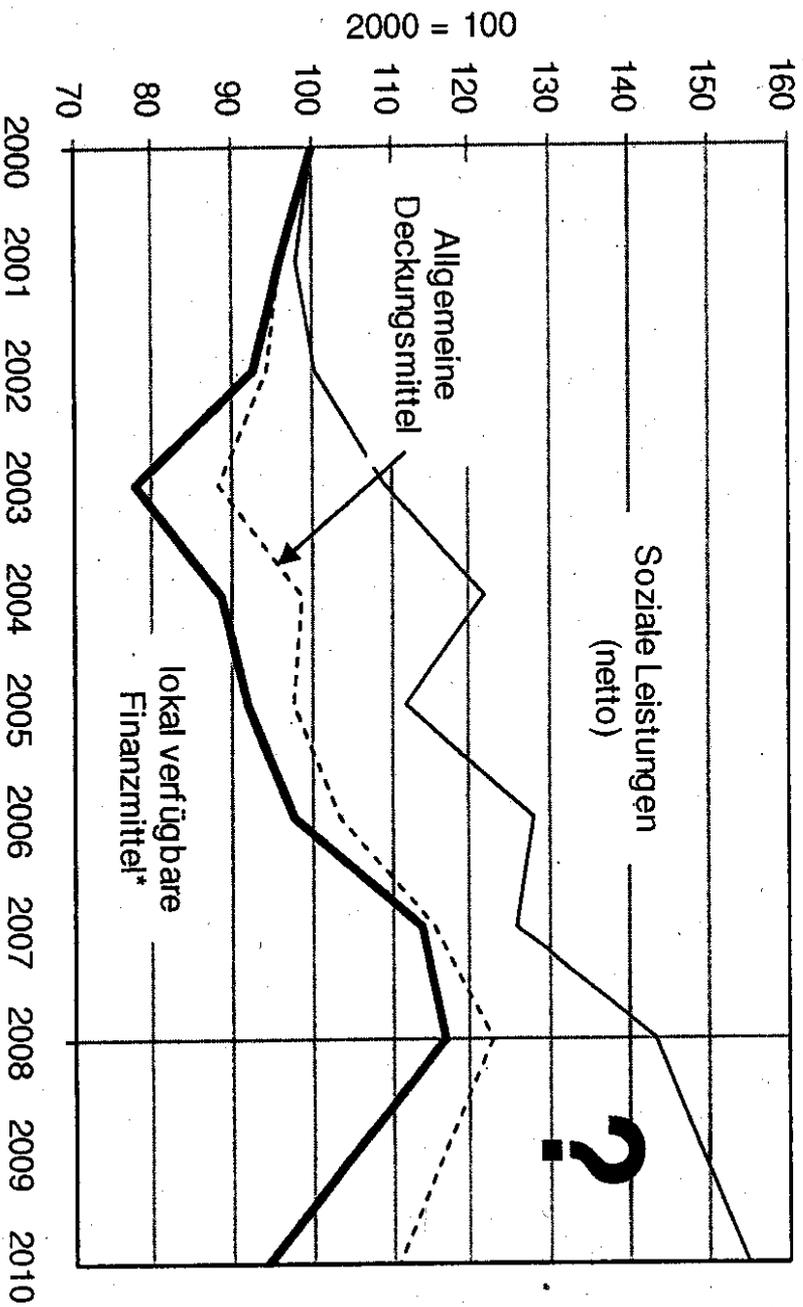
finanzpolitischem Ordnungsrahmen

- hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung bei geringer Dotierung des Finanzausgleichs

# Mehrbelastung der kreisfreien Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes bei den sozialen Leistungen (netto) 2000 bis 2008

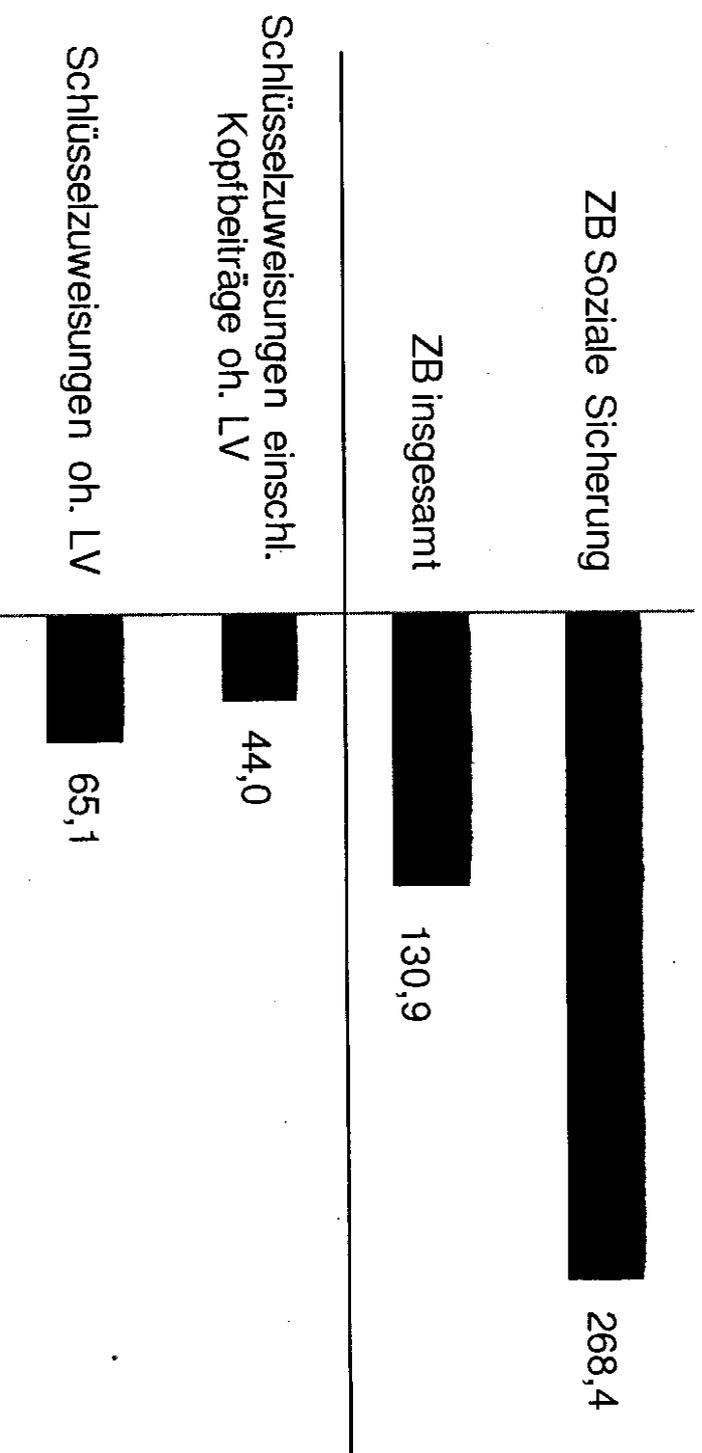


**Entwicklung der sozialen Leistungen und der allgemeinen Deckungsmittel (Steuern und Zuweisungen) in den kreisfreien Städten des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes 2000 bis 2010, 2000 = 100**



\* Allgemeine Deckungsmittel abzgl. Landschaftsumlage und Netto-Sozialausgaben.

# Entwicklung von Schlüsselzuweisungen und Zuschussbedarfen (ZB) in Nordrhein-Westfalen 1980/2006 in %



## Entwicklung von Steuereinnahmen und Zuweisungen in Nordrhein-Westfalen 1980/1983 zu 2006/2008 in %

Entwicklung 1980/83 bis 2006/08

Landessteuern: 117,5 %  
Gemeindesteuern: 164,2 %  
Finanzausgleichsmasse: 45,2 %

verfügbare Finanzmittel  
Land 142,1 %  
Gemeinden 117,6 %

## **Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...**

lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

finanzpolitischem Ordnungsrahmen

- hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung bei geringer Dotierung des Finanzausgleichs
- mangelnde Informationen bzw. deren unzureichende Wahrnehmung.
- schuldensteigernde Anreizstrukturen (finanzpolitische Prinzipien verletzt)
- unzureichende Haushaltskontrolle

## Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...

lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

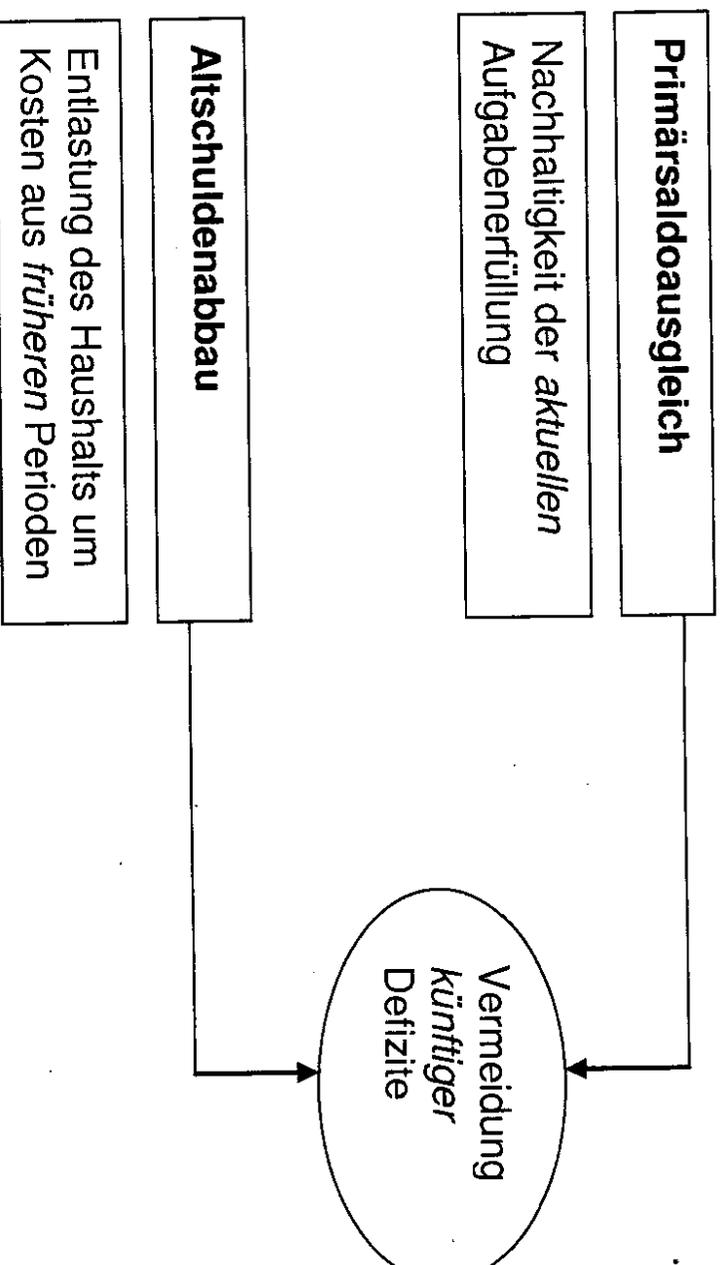
finanzpolitischem Ordnungsrahmen

- hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung bei geringer Dotierung des Finanzausgleichs
- mangelnde Informationen bzw. deren unzureichende Wahrnehmung
- schuldensteigernde Anreizstrukturen (finanzpolitische Prinzipien verletzt)
- unzureichende Haushaltskontrolle

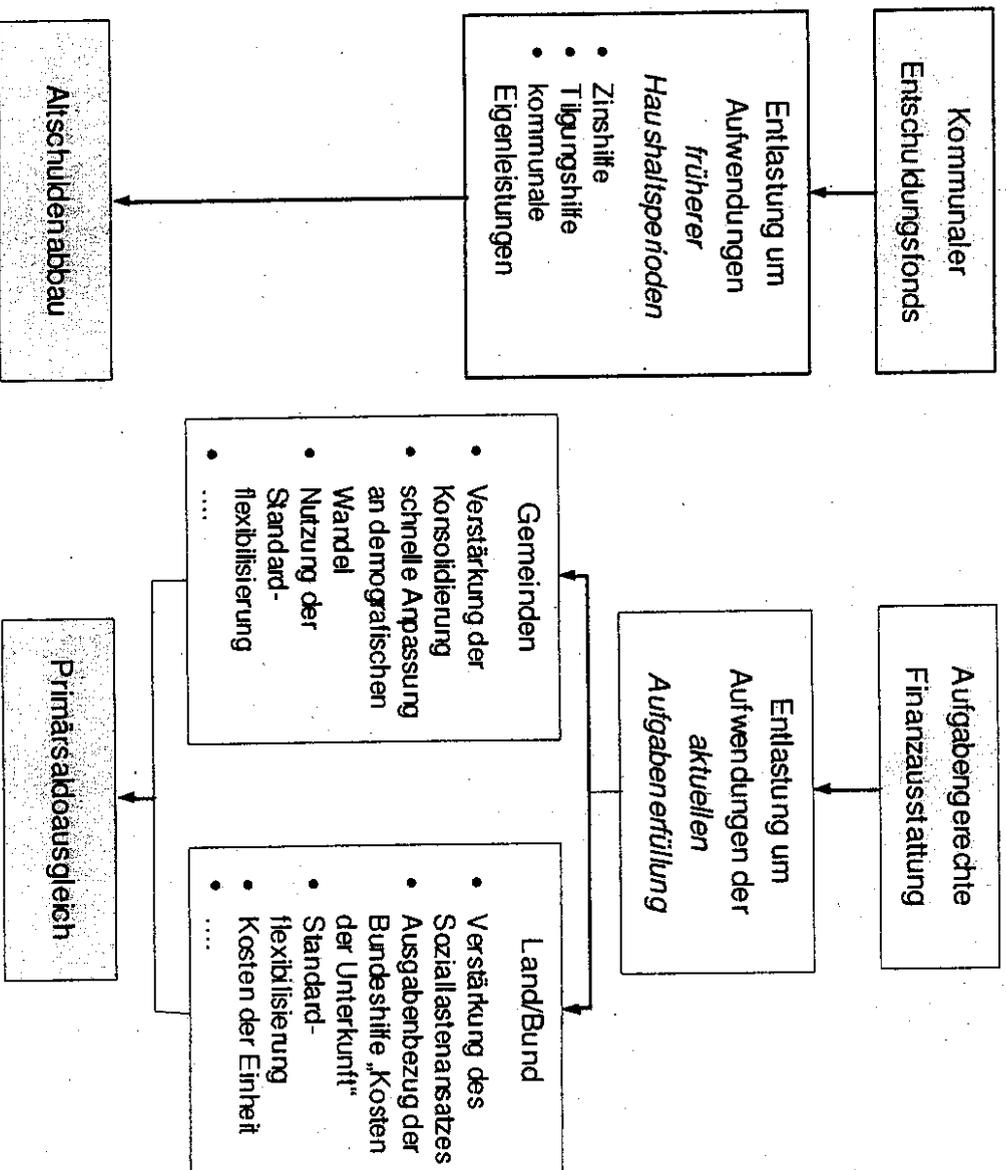
endogenen Faktoren der Kommunalpolitik

- Akteurseigenschaften (politische Ansichten, pol.-administrative Fähigkeiten)
- lokaler Demokratietyp (Kommunalverfassung, politische Kultur, Ortsgröße)
- Parteidifferenz
- kommunale Erblast, Vergeblichkeitstalle

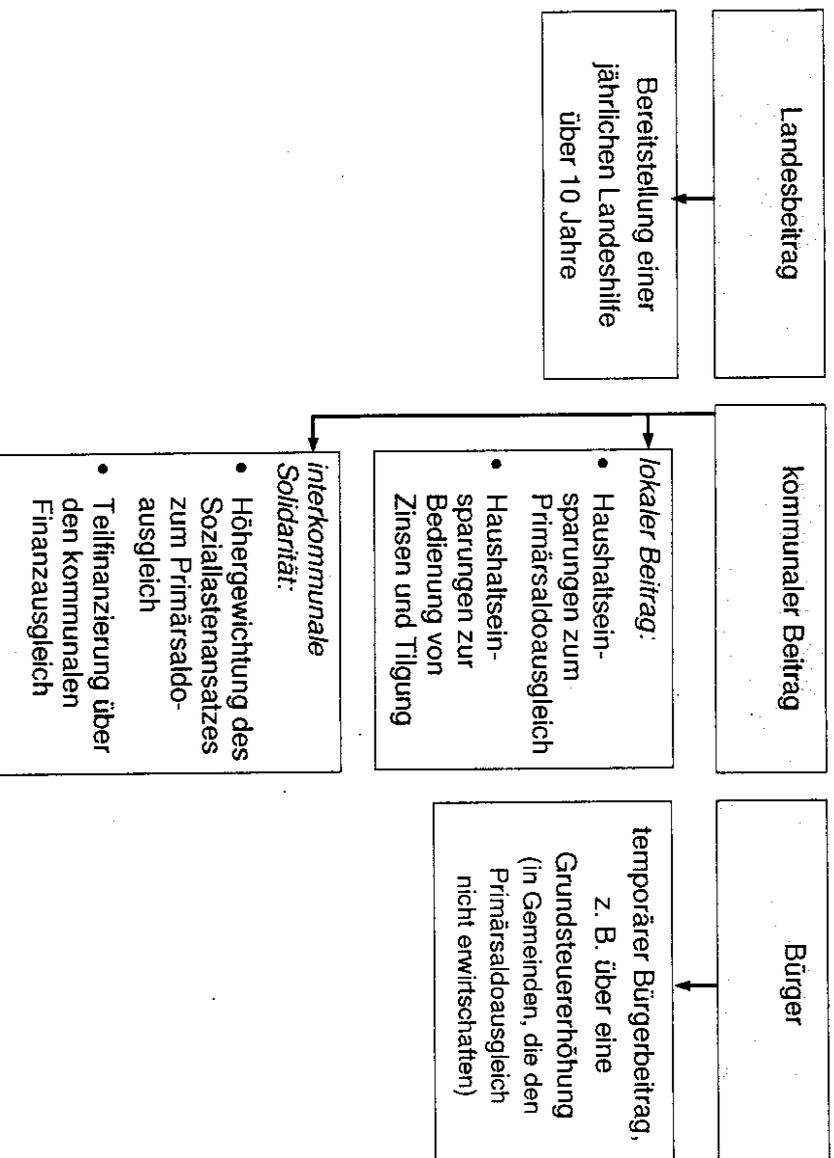
# Wege zur kommunalen Entschuldung: Zwei Stoßrichtungen



# Wege aus der Verschuldung zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik



## Finanzierungsmix der Strategie „Raus aus den Schulden“



Konnexitätsorientierter Bundesbeitrag bei Leistungsgesetzen:  
Bemessung der Bundeszuschüsse an den Kosten der Unterkunft nach den Ausgaben



## **Resümee**

- Maßnahmen zum Abbau der Altschulden
- Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Unterfinanzierung

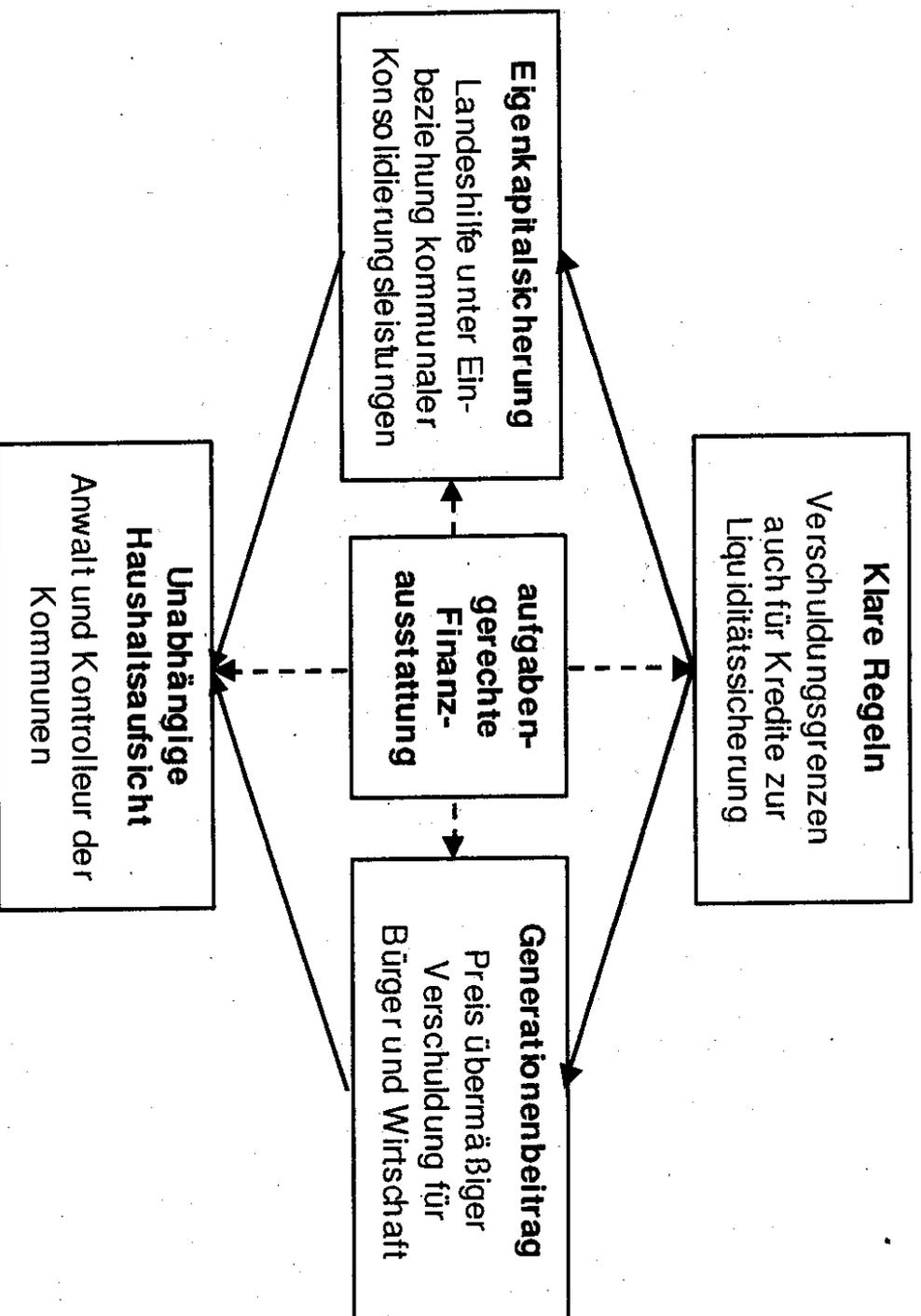
## **Resümee**

- Maßnahmen zum Abbau der Altschulden
- Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Unterfinanzierung

plus

- Klare Regeln: Verschuldungsgrenzen bleiben unverzichtbar
- Unabhängige Haushaltsaufsicht:  
Anwalt und Kontrolleur der Kommunen
- Generationenbeitrag: Merkllichkeit für den Bürger

# Kommunales Haushaltssicherungsünfeck





**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

*Kontakt:*

*[junkerheinrich@arcor.de](mailto:junkerheinrich@arcor.de)*

## **Bisherige Konsolidierungsmaßnahmen**

- Anhebung der Realsteuersätze auf die höchsten Niveaus in Deutschland.
- Anspannung von sonstigen Steuern (z.B. Hundesteuer), Gebühren und Entgelten
- Streichung freiwilliger Leistungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände
- Schließung von Kultureinrichtungen wie Bibliotheken
- Schließung von Jugendeinrichtungen
- Schließung von Bädern und Freizeiteinrichtungen.

→ Dennoch: der kommunale Beitrag muss noch größer werden.

## Forderungen

- Für die in vielen vom Bund veranlassten und gesetzlich geregelten Sozialbereichen deutlich gestiegenen Ausgaben ist eine höhere Bundesbeteiligung notwendig (z. B. Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe).
- Die Bundesbeteiligungen an sozialen Leistungen sind grundsätzlich an den tatsächlichen Ausgaben zu bemessen.
- Für den Ausbau der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung sind zusätzliche Finanzhilfen notwendig, um die gesetzlich vorgegebenen Ziele auch erreichen zu können.
- Strukturschwache Kommunen in Westdeutschland sind von der Finanzierung der Kosten der Deutschen Einheit zu entlasten. Die Fördermittelverteilung ist an der Bedürftigkeit auszurichten.
- Beschließt der Bund Steuersenkungen, so hat er die Einnahmenausfälle der Kommunen zu kompensieren oder aber die Aufgabenübertragung zurückzunehmen.